

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Günther Heyenn MdB über die
Ratlosigkeit der Bundesregie-
rung in der Rentenpolitik:
Staatssekretär Voigt hat den
Mund zu voll genommen.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB zur Nord-
Süd-Kampagne des Europa-
rats: Solidarität aus morali-
scher Verpflichtung und ratio-
naler Notwendigkeit geboten.

Seite 3

Waltraud Steinhauer MdB über
den Umgang der Bundesregie-
rung mit Frauen, die arbeiten
wollen: Als lästiges Übel abge-
tan.

Seite 4

Horst Sielaff MdB zur Vertrie-
benen-Kampagne im „Fall
Grünbeck“: Die Bundesregie-
rung belohnt die Ewiggestri-
gen.

Seite 5

Dokumentation:

Der Kasseler SPD-MdB Horst
Peter hat den Vorsitzenden
des Petitionsausschusses des
Bundestages, Dr. Gero Pfen-
nig (CDU), aufgefordert, die
Petitionssache Alkem-Geneh-
migung vordringlich zu behan-
deln. Wortlaut

Seite 6

42. Jahrgang / 123

3. Juli 1987

Staatssekretär Voigt hat den Mund zu voll genommen

Über die Ratlosigkeit in der Rentenpolitik können auch große
Worte nicht hinwegtäuschen

Von Günther Heyenn MdB

Obmann der SPD im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Vor nunmehr drei Monaten hat sich der Staatssekretär im Bun-
desarbeitsministerium, Voigt, erfreulicherweise sehr positiv zu
den Vorschlägen geäußert, die die damalige stellvertretende
Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und heutige Bundes-
geschäftsführerin der SPD, Frau Fuchs, zu einem möglichen
Konsens in der Rentenpolitik gemacht hat. Die SPD renne bei
der Bundesregierung offene Türen ein, sagte damals der Staats-
sekretär.

Daraufhin habe ich mich am 2. April 1987 brieflich an Herrn
Voigt gewandt und ihn um Auskunft gebeten, ob die Zustim-
mung der Bundesregierung zu den Vorschlägen der SPD sich
auch auf folgende Punkte bezieht:

- Schrittweise Wiederherstellung voller Rentenversicherungs-
beiträge der Bundesanstalt für Arbeit,
- Absage an kurz- oder mittelfristige Erhöhung der Alters-
grenzen in der Rentenversicherung,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kredittarif: 0-20%
mit Kontokorrentkredit
Kreditlinie-Papier



- Einstieg in die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme,
- Ausbau der Rente nach Mindesteinkommen,
- Klärung der Frage, welche Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Besteuerung der Alterseinkünfte zu ziehen sind.

Bis heute hat Staatssekretär Voigt meinen Brief nicht beantwortet. Auch auf eine erneute Nachfrage gab es keine Reaktion.

Ganz offensichtlich hat Staatssekretär Voigt den Mund zu voll genommen, möchte sich aber nur ungern von seinen früheren Äußerungen öffentlich distanzieren. Für die peinliche Lage, in der sich Herr Voigt befindet, gibt es eine einfache Erklärung: die abenteuerliche, unseriöse und unsoziale Steuer- und Haushaltspolitik der Bundesregierung hat den rentenpolitischen Handlungsspielraum des Arbeitsministers und der CDU-Sozialpolitiker immer mehr eingeschnürt und praktisch auf Null gebracht.

Selbst die auch von Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Arbeitgebern geforderte und dringend nötige Anhebung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung scheint schon zur Disposition zu stehen.

Damit hat sich, so scheint es, das Thema Rentenreformkompromiß von selbst erledigt. Mit einer Regierung, die rat- und hilflos ist, können die Sozialdemokraten beim besten Willen keine Gemeinsamkeit finden.

(-/3.7.1987/vo-ha/rs)

* * *



Nord-Süd-Kampagne des Europarats

Solidarität aus moralischer Verpflichtung und rationaler Notwendigkeit geboten

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eine europäische Kampagne zum Thema Nord-Süd-Interdependenz und Solidarität soll im Frühjahr 1988 auf Initiative des Europarats in enger Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen, der EG und dem Europäischen Parlament stattfinden.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat in dieser Woche anlässlich ihrer Minisession in Lausanne einmütig die Mitgliedsregierungen des Europarates aufgefordert, das europäische Organisationskomitee und die nationalen Organisationskomitees der Kampagne mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten.

Ziel der Kampagne ist es, nicht zum Spendensammeln für die Dritte Welt aufzurufen, sondern zu einer breiten Bewußtseinsmobilisierung in dem Sinne beizutragen, daß Nord und Süd nur eine gemeinsame oder keine Zukunft haben. Da die Nord-Süd-Beziehungen in vielen Bereichen von einer dramatischen Ungleichheit und Ungerechtigkeit geprägt sind, will die Kampagne letztlich den Weg dafür bereiten, daß Europa eine konstruktivere Rolle bei einem fairen Nord-Süd-Ausgleich spielt und daß Solidarität aus moralischer Verpflichtung und rationaler Notwendigkeit geboten ist.

Aus meiner Sicht geht es insbesondere darum, die Armutsbombe, die Ökonomiebombe und die Verschuldungsbombe beseitigen zu helfen. Die Nord-Süd-Politik braucht einen neuen Push. Dazu soll die Nord-Süd-Kampagne beitragen. Ich hoffe, daß die Bundesregierung den deutschen Nichtregierungsorganisationen Finanzmittel zur Verfügung stellt, damit auch bei uns - wie zum Beispiel in den Niederlanden und in der Schweiz - eine breite Basisbeteiligung an der Kampagne sichergestellt werden kann.

Der Bundestag wird sich durch eigene Beiträge und Veranstaltungen an der Nord-Süd-Kampagne beteiligen.

(-/3.7.1987/vo-he/rs)

* * *



Kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Frauen, die arbeiten wollen, werden von der Bundesregierung als lästiges Übel gesehen

Von Waltraud Steinhauer MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales

In Gesprächen, Diskussionen und auch durch die monatliche Arbeitsmarktstatistik erfährt man es: Frauen sind von der Arbeitslosigkeit überproportional betroffen.

Schon der Beginn des Berufslebens ist für die Mädchen mit negativen Erfahrungen verbunden. Für sie ist es noch schwieriger als für die Jungen, überhaupt eine Ausbildungsstelle zu finden. Verschwiegen werden soll allerdings auch nicht, daß sich Mädchen auf eine geringe Zahl von Ausbildungsberufen konzentrieren. Abbau von Vorurteilen, um Mädchen verstärkt für technische Berufe zu interessieren, muß verstärkt bei Arbeitgebern und auch bei den Mädchen und ihren Eltern betrieben werden.

Es ist beunruhigend, daß die Gesellschaft dem Mangel an Ausbildungsplätzen für Mädchen und von Arbeitsplätzen für Frauen verhältnismäßig ungerührt gegenüber steht. Die Folge ist, daß Mädchen nach besserer Schulbildung vielfach resignieren und oftmals nur eine Übergangsregelung bis zur Heirat als Beschäftigung suchen.

Die CDU/CSU/FDP-Koalition will die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit erkannt haben, so jedenfalls die Koalitionsvereinbarung. Es scheint aber, daß dies nur ein Papiertiger, wie auch in vielen anderen Fällen, ist.

Ausbildung als öffentliche Aufgabe und nicht als wirtschaftliche Angelegenheit anzusehen, wird überhaupt nicht diskutiert. Mädchen bleiben auf der Strecke. Die Gleichbehandlung im Arbeitsleben wird nur in Sonntagsreden verfolgt. Gegen die Benachteiligung im täglichen Arbeitsleben, in der Praxis wird nichts getan. Nicht einmal verbindliche Frauenförderpläne für den öffentlichen Dienst werden von der Koalition unterstützt.

Zwar hat die bisherige Ministerin für Jugend, Familie, Gesundheit nunmehr auch den Titel „Frauen“ bekommen, doch wo bleibt die Zuständigkeit? Die arbeitsrechtliche Gleichbehandlung soll weiter beobachtet werden. So die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nach dem Bericht über die Erfahrungen mit dem arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgesetz. Bei Appellen soll es bleiben, aber keine erzwingbaren gesetzlichen Grundlagen sind vorgesehen. Die Bremsen bleiben am Werk. Die Auswirkungen und Wertungen von Modellversuchen finden nicht statt, so daß Konsequenzen, Frauen mehr Chancen im Arbeitsleben zu geben, nicht gezogen werden.

In der Koalitionsvereinbarung finden sich auch nur leere Worte oder Verschlechterungen für die Frauen, weil angeblich der Frauenarbeitschutz die Chancen im Arbeitsleben verschlechtert. Frauen-Nachtarbeit für Arbeiterinnen soll aufgehoben werden, die Pausenregelungen sollen verschlechtert werden und die Änderung des Ladenschlußgesetzes mit der Möglichkeit, an einem Abend die Geschäfte bis 21.00 Uhr geöffnet zu halten, trifft überwiegend auch die Frauen und verschlechtert ihre Arbeitsbedingungen. Hinsichtlich der vielen Arbeitsverhältnisse, die unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze liegen, soll lediglich eine Prüfung des Mißbrauchs stattfinden. Also bei der konsequenten Politik für Frauen im Arbeitsleben bleibt es bei Sprechblasen.

So geht man mit einem lästigen Übel um!

(-/3.7.1987/vo-he/rs)

* * *



Ein Wort zum „Fall Grünbeck“

Die Bundesregierung belohnt die Ewiggestrigen

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher

Die Altvertriebenenfunktionäre haben mit dem „Fall Grünbeck“ ein weiteres Eigentor geschossen. Der krankhafte Versuch, den Verantwortlichen in den Warschauer Pakt-Staaten Deutschfeindlichkeit zu unterstellen oder wenigstens zu versuchen, den Vertriebenen den Eindruck zu vermitteln, Deutsche dürften ihre ehemalige Heimat nicht besuchen, rechtfertigt offensichtlich jedes noch so durchsichtige Mittel.

In diesem Falle wurde ein innerparteiliches Gezerre und Gerangel um die Teilnahme an der Delegationsreise in die CSSR zwischen den Herren Grünbeck, Wolfgramm und Hoyer zu einer Kampagne genutzt, um Emotionen gegen das osteuropäische Nachbarland zu schüren. Selbst Bundestagspräsident Jenninger mußte harte Worte hören. Das Geheimnis der Geschichte entblößte sich als ungeprüft weitergegebene Falschinformation - auch Ente genannt. Es ist schon toll, daß dieselben Vertriebenenverbände unter anderem für solche Manipulationen noch mit Zuschüssen in Millionenbeträgen belohnt werden, während Vertriebene und Aussiedler/innen, die auf Verständigung und Versöhnung aus sind, ständig durch Kürzungen ihrer Mittel bedroht sind.

Wo bleibt die Glaubwürdigkeit einer Bundesregierung, wenn sie dieses glasklare Spiel nicht durchschaut und solche Spielregeln als unfair zurückweist?

Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) erlebt, daß, aufbauend auf den Ostverträgen, Kontakte und Reisemöglichkeiten in Staaten des Warschauer Paktes immer großzügiger ermöglicht werden. Gespräche mit den Deutschstämmigen in den jeweiligen Staaten zeigen auch, daß die bei uns so oft beschworene Ausreisewilligkeit der Menschen in Ost- und Südosteuropa nicht in jedem Fall stimmt; vielmehr erwarten die deutschstämmigen Menschen mehr Reisefreiheit auch zu Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland und die Garantie, daß sie ihre Sprache und Kultur bewahren und pflegen dürfen. In dieser Richtung gibt es ermutigende Signale.

Die Bundesrepublik begeht den Fehler, die wenigen „Unverbesserlichen“ zu gut zu pflegen und sie damit künstlich am politischen Leben zu erhalten.

(-/3.7.1987/vaßhe/rs)



DOKUMENTATION**Horst Peter: Die Alkem-Genehmigung vordringlich behandeln**

Der Kasseler SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Peter hat den Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Gero Pfennig (CDU), aufgefordert, die Petitionssache Alkem-Genehmigung vordringlich zu behandeln. Wir dokumentieren sein Schreiben zu dieser brisanten Problematik im Wortlaut.

„Ich wende mich heute an Sie in der Petitionssache ‚ALKEM-Genehmigung‘ mit der Bitte, eine Beschleunigung des Verfahrensganges herbeizuführen, damit in der ersten Sitzung nach der Sommerpause die Petition behandelt werden kann. Gegenüber der Bundesregierung sollte der Ausschuß die Dringlichkeit des Verfahrens mit dem Ziel deutlich machen, daß den Berichterstattern die Stellungnahme der Bundesregierung unverzüglich - das heißt noch in der Sommerpause - zugeleitet werden kann. Wie ich bereits auch in der Debatte um den Jahresbericht des Petitionsausschusses ausgeführt habe, behält sich meine Fraktion vor, die Anwendung des Befugnisgesetzes zu beantragen und zudem gegebenenfalls den Bundesumweltminister zu laden.

Ich sehe mich zu meinem Vorstoß durch die jüngste Entwicklung in Hanau veranlaßt. Ich gehe davon aus, daß Sie die entsprechenden Berichte zu den Vorfällen beim Unternehmenskomplex Alkem - Nukem - RBU verfolgen konnten. Besonders die Frage, die auch in der Petition angesprochen wird, ob die gegenwärtige Anlage ohne, oder zumindestens auf zweifelhafter Rechtsgrundlage betrieben wird und ob die Betreiber der Anlage die nach dem Atomgesetz erforderliche Zuverlässigkeit zum Betreiben einer atomaren Anlage nachweisen können, steht jetzt im Mittelpunkt und bedarf einer Klärung.

Dazu zähle ich die Eröffnung des Strafprozesses gegen den beurlaubten Alkem-Geschäftsführer, Herrn Warrikoff durch das Landgericht Hanau, die Feststellung, daß bei Nukem statt der genehmigten 30 kg Uran 238 kg gelagert wurden, die Feststellung, daß bei der RBU 25,53 kg Uran in Tablettenform unbemerkt mehrere Jahre in einem nicht zulässigen Außenlager gelagert wurden.

Ich verweise auch auf die Erklärung des hessischen Umweltministers vom 29. 6. 1987, daß diese Vorfälle zum Handeln zwingen, daß die lückenlose Überwachung des Verbleibens von Materialien im Kernbrennstoffkreislauf zu den Grundlagen der atompolitischen Sicherheitsphilosophie gehören. Ich verweise auch darauf, daß der Herr Bundesumweltminister inzwischen die hessische Landesregierung zur Berichterstattung aufgefordert hat.

Da die Unternehmen Alkem, Nukem, RBU eng miteinander verbunden sind, ist es m.E. zulässig, die angeführten Vorfälle bei der Klärung der Frage der Zuverlässigkeit in das Petitionsverfahren mit einzubeziehen. Ich halte eine vordringliche Behandlung der besagten Petition für geboten, damit der Ausschuß durch die faktische Entwicklung nicht in seinen Rechten und Pflichten beschnitten wird, der Ausschuß nicht durch das Handeln von Regierung und Verwaltung in seiner Pflicht zu Aufklärung und Kontrolle unterlaufen wird, der Ausschuß seiner Aufgabe und Verpflichtung gegenüber den Petenten nachkommen kann.“

(-/3.7.1987/va-ha/rs)

* * *

